

Betreff:

Verkehrsberuhigung Oppelner Straße (SPD)

Antragstext:

Der Bebauungsplan „Freizeitzentrum An der Igstadter Straße“ aus dem Jahre 2002 sieht in der Begründung den Ausbau der Oppelner Straße zwischen Schlesier Straße und K 656 mit einem 2 m breiten Pflanzstreifen und einem 3 m breiten Rad-und Fußweg vor. Damit sollte das Wander-und Radwegenetz in Wiesbaden weiter verbessert werden. Wir bitten daher den Magistrat erneut Kontakt mit den betroffenen Eigentümern über einen möglichen Grunderwerb, der für einen kombinierten Fuß-und Radweg an der Oppelner Straße benötigten landwirtschaftlichen Flächen, aufzunehmen. Die Umsetzung eines Fuß-und Radwegs entlang der Oppelner Straße, wie er seit vielen Jahren vom OBR immer wieder gefordert wird, halten wir für eine Möglichkeit, die zu einer Verkehrsberuhigung in der Oppelner Straße beitragen kann.

Begründung:

Die in dem Antwortschreiben des Dez. V vom 27.12.2021 vorgesehenen Maßnahmen geben aus unserer Sicht keine ausreichende Antwort auf die im Beschluss des OBR vom 29.09.2021 gewünschten Maßnahmen. Die vorgesehene Maßnahme, den Verbindung von der Jenaer-und Schlesierstraße zur Oppelner Straße mittels Klappollern zu unterbrechen, halten wir für nicht zielfördernd, da damit die Zufahrt zu dem landwirtschaftlichen Betrieb und Direktvermarkter unterbrochen wird. Zudem geht aus der Antwort nicht hervor, wohin sich die Verkehrsströme bei einer Abkopplung von Jenaer-und Schlesierstraße Richtung Oppelner Straße verlagern werden. Eine Verschlechterung der Verkehrssituation kann nicht in unserem Sinne sein. Eine Forderung des Ortsbeirats seit mehr zwanzig Jahren ist für den Bereich an der Oppelner Straße einen Fuß-und Radweg zu realisieren. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme ist aus unserer Sicht ein sicherer Zuweg zu den Sportstätten und Vereinsheimen in der Oppelner Straße möglich und es würden keine Nachteile für die anliegende Landwirtschaft und Betriebe entstehen. Wir fordern daher den Magistrat erneut auf, sich bezüglich des Grunderwerbs mit den betroffenen Eigentümern in Verbindung zu setzen. Aus unserer Kenntnis besteht hierzu Gesprächsbereitschaft.

Wiesbaden, 31.01.2022